

MATILDE e.V. | Stollberger Straße 55 | 12627 Berlin

Senatorin Dilek Kalayci
Senatsverwaltung, Pflege und Gleichstellung
Oranienstr. 106
10969 Berlin

07.07.2021

Sehr geehrte Frau Senatorin Kalayci,

mit Irritation, Enttäuschung und Wut haben wir am 28.06.2021 das Schreiben zur Zuwendungsförderung 2022 für das Projekt:

Frauenzentrum und Zufluchtswohnung Matilde erhalten.

Laut Schreiben wurde die Zuwendungssumme von bis zu 240.000 € auf der Grundlage der etatisierten Ansätze 2020/2021 (ohne Nachtragshaushalt) durch die Finanzverwaltung erhoben.

Diese Zuwendungssumme unterscheidet sich wesentlich von der vorgegebenen Zuwendungssumme für 2021/ 2022 von 269.600 € (s. Schreiben vom September 2020 zur Antragstellung) Diese Zuwendungssumme war auch schon zu niedrig angesetzt. Nichtsdestotrotz haben wir entsprechend dieses Schreibens mehr als knapp kalkuliert und unsere Anträge für 2021 / 2022 gestellt.

Wir protestieren hiermit gegen die seit Jahrzehnten unwürdige Art und Weise der Finanzierung unserer Arbeit (befristete Zuwendungen, schlechte Bezahlung der erbrachten Fachleistungen, unzureichende Ausstattung der Personalressourcen und Sachmittel).

Wie Ihnen sicher bekannt ist, hat der Matilde e. V. zur Deckung des Bedarfs an Schutzplätzen für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder entsprechend Antragstellung 2019 bei der Senatsverwaltung Gesundheit, Pflege und Gleichstellung im Februar 2020 eine zweite Zufluchtswohnung angemietet und seit Mai 2020 belegt. Hierfür wurde eine 0,5 Stelle zusätzlich befürwortet und im April 2020 eingerichtet.

Ebenso wurde dem Matilde e. V. eine 0,5 Stelle für Projektverwaltung / Finanzen zum August 2020 bewilligt, mit Hilfe derer wir zur Kostenersparnis!!! seit diesem Jahr auch die Gehaltsberechnungen selbst übernommen haben.

Die senatsgeförderten Gehaltszahlungen für die Mitarbeiterinnen (AG-Brutto inkl. BGW) betragen für das Jahr 2021 235.099,21 €.

2022 wird es Stufenaufstiege für 4 Mitarbeiterinnen geben, so dass die vorgegebene Zuwendungssumme von bis zu 240.000 € die Personalkosten kaum abdeckt, geschweige denn dass Sachmittel zur Deckung der Fixkosten wie Miete, Energie, Telefon bleiben.

Wie Ihnen bekannt ist, leisten die Frauenzentren seit Jahren eine immense präventive Arbeit (auch für den Anti-Gewalt-Bereich und für Frauen mit Fluchterfahrung und Migrationshintergrund).

Die Pandemie hat noch einmal die Schwachstellen im gesellschaftlichen System gut sichtbar gemacht und verstärkt. Daher ist es für uns nicht nachvollziehbar, weshalb bei den Frauenzentren (und unseres Wissens nur dort!) derartige Einsparungen vorgenommen werden, zumal wir auch während der Pandemie vor Ort persönliche Ansprechpartnerinnen für die Frauen waren, persönliche Beratungen durchgeführt und Aufgaben / Beratungen übernommen haben, welche von Politik, Behörden und Verwaltung mangels eigener Präsenzangebote abgewälzt wurden bzw. Frauen durch diese an uns verwiesen wurden.

Die Präsenz und die Durchführung unserer Beratungs- und Unterstützungsangebote wurde im ersten Lockdown von der Senatsverwaltung auch ausdrücklich begrüßt, zumal diese sehr stark nachgefragt wurden und werden.

Die Aussagen von Staatssekretärin Frau König am 17.03.2021 (Treffen der AG Infrastruktur mit Sen GPG und Staatssekretärin sowie frauenpolitischen Sprecherinnen), dass sich sowohl die Senatsverwaltungen als auch die frauenpolitischen Sprecherinnen dafür einsetzen, dass es im Frauenbereich nicht zu Kürzungen kommt, ist vor dem Hintergrund der geleisteten Arbeit der Frauenzentren (auch in der C-Krise) schlicht eine Wortblase!

Auch wenn nach den Wahlen noch Änderungen im weiteren Aufstellungsverfahren möglich sind, so kann es nicht sein, dass derzeit keine andere Entscheidung als die Kürzung bei den feministischen Zentren getroffen und die neue Legislaturperiode abgewartet wird. Für uns ist das ein Abschieben der Verantwortlichkeiten.

Nicht nur, dass Frauen die Hauptlast der Pandemie trugen, nun tragen sie wieder die Hauptlast der Folgen. Wir sind enttäuscht und wütend, dass die für das Haushaltsjahr 2022 geplanten Einsparungen im Frauenbereich ausschließlich die feministischen Zentren treffen. Dies zeigt u.a. wie wenig Wertschätzung unsere Arbeit seitens Ihrer Senatsverwaltung erfährt (und das seit Jahren!).

Sehr geehrte Frau Kalayci, wir fordern Sie hiermit auf dafür Sorge zu tragen, dass es zu keinen Einsparungen auf Kosten unserer Arbeit und unserer Ratsuchenden kommen wird!

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen der Mitarbeiterinnen des Projektes Frauenzentrum und Zufluchtswohnung Matilde

Carola Kirschner

(Leiterin Frauenzentrum / Zufluchtswohnung Matilde)